



SO NICHT

STOPPT DAS KINDERBILDUNGSGESETZ (KIBIZ)

Presseinformation

zur Übergabe der Unterschriften „SO NICHT“ am
11.10.2007, 12.00 Uhr
Raum E 1 D 08, Landtag NRW

Die Unterschriften werden übergeben an:

Andrea Milz, Vorsitzende des Landtagsausschusses für Generationen, Familie und Integration
Zur Übergabe sind die jugendpolitischen Sprecher/Sprecherinnen eingeladen.

Teilnehmen werden:

Frau Andrea Asch, Bündnis 90/Die Grünen

Wolfgang Jörg, SPD

abgesagt hat:

Christian Lindner, FDP

Für das Aktionsbündnis werden bei der Übergabe beteiligt sein:

Detlef Gummersbach

Martina Peil

Jörg-Thomas Alvermann

Martin Künstlerl

Gerhard Stranz

Neben den am 15.9.2007 im Rahmen der Demonstration an den Landtagsvizepräsidenten, Edgar
Moron, übergebenen

130.390 Unterschriften

werden heute weitere

27.383 Unterschriften

zusätzlich übergeben, die dem Aktionsbündnis zwischenzeitlich noch zugegangen sind.

Damit haben sich

157.773 Menschen

den Forderungen angeschlossen!

Sie fordern:

- **Stoppt das Kinderbildungsgesetz** – keine weiteren Verschlechterungen für die Förderung von Kindern und Familien in NRW!
- Keine weiteren Erhöhungen des Elternbeitrages – **kostenfreie Bildungsangebote im Elementarbereich!**

- **Verbesserung des Kinder-Erzieherinnen-Schlüssels** = kleinere Gruppen, landeseinheitliche Standards mit gesicherten Verfügungszeiten!
- Weiterentwicklung des Landesrechts auf der Basis des geltenden Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder – **das Wohl der Kinder und nicht finanzielle Interessen müssen im Mittelpunkt stehen.**

Wie bisher werden mit der Übergabe folgende Intentionen verfolgt:

1. **Die Regierungskoalition sollte den Regierungsentwurf infrage stellen, zurücknehmen und tatsächliche Verbesserungen für die Förderung von Kindern vorsehen.**
2. **Gut gemeint ist nicht gut gemacht!**
Zentrale Unzulänglichkeiten des Regelungsvorhabens, gegen die sich der Protest aus allen Bereichen richtet, sollen deutlich werden.
Es ist auch nicht ausreichend, einzelne Bestandteile des Gesetzentwurfes neu regeln zu wollen. Da die Basis für nicht stimmt, ist unter Beteiligung auch von Eltern und Erzieherinnen eine Neufassung zu erarbeiten.
3. **Für das KiBiz gibt es keinen gesellschaftlichen Konsens!**
Mit der Teilnahme von mehr als 15.000 Teilnehmenden bei der Demonstration am 15.9. und der Übergabe von mehr als 160.000 Unterschriften ist überdeutlich, dass die Landregierung und die Regierungskoalition keinen Rückhalt in der Bevölkerung hat.
Die breite Kritik an dem Gesetzesvorhaben war doch auch bereits am 28./29.8. bei der parlamentarischen Landtagsanhörung überdeutlich.

Thematische Schwerpunkte:

1. Träger der Aktion: Wer verbindet sich mit den Anliegen?
2. Zu den Anliegen: Um was geht es?
3. Die Kritik am Regierungsentwurf: Welche Unzulänglichkeiten und Folgen sind Anstoß für die Kritik?
4. Die Protestwelle erreicht Düsseldorf
5. Zentrale - zitierfähige - Aussagen der Sprecherinnen und des Sprechers

Zu 1.: Träger der Aktion: Wer verbindet sich mit den Anliegen?

Das Forum Förderung von Kindern arbeitet seit mehr als 10 Jahren zusammen. Es stellt die Bedarfslage von Kindern in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen. Dieses Anliegen ermöglicht ein Zusammenwirken aller Gewerkschaften, aller Kinder-, Jugend-, Eltern- und Familienverbände, sowie der Berufsverbände aller Erzieherinnen in Nordrhein-Westfalen. An konkreten Aktionen beteiligen darüber hinaus punktuell weitere Interessierte.

Aus der Zusammenarbeit ist auch im Jahr 2006 die Volksinitiative „NRW 2006“ entstanden, die im Doppelpack mit der Volksinitiative „Jugend braucht Zukunft“, rd. 600.000 gültige Unterschriften gegen die Kürzungen im Landeshaushalt 2006 gesammelt hatte.

Bisherige Beteiligte bei den Aktionen SO NICHT waren:

Aktionsbündnis der Düsseldorfer Elterninitiativen
 Arbeitsgemeinschaft Waldorfpädagogik
 Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Niederrhein
 AK KiBiz Dormagen
 BVKJ - Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte
 BVKJ e.V.
 Bundesverband evangelischer Erzieherinnen und
 Sozialpädagoginnen e.V., Landesgruppe Nordrhein-
 Westfalen
 DKSB – Deutscher Kinderschutzbund, LV NRW e.V.
 Eltern helfen Eltern e.V.
 Elterninitiativen im Paritätischen
 Elternnetzwerk Bochum
 EAF - Evangelische Aktionsgemeinschaft für Famili-
 enfragen, Rheinland
 EAF - Evangelische Aktionsgemeinschaft für Famili-
 enfragen / Landesarbeitskreis Westfalen-Lippe
 Familienbund der Katholiken Landesverband NRW
 GEW - Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft -
 Landesverband NRW
 Internationale Vereinigung der Waldorfkindergärten
 e.V. Region NRW

KEG - Katholische Erziehergemeinschaft Landesver-
 band Nordrhein-Westfalen
 KEKS - Kölner Eltern- und Kinderselbsthilfe e.V.
 Kitas im Paritätischen
 komba gewerkschaft - nordrhein-westfalen
 LER - Landeselternrat für Kindertageseinrichtungen in
 Nordrhein-Westfalen e.V., Städtelternrat Düsseldorf
 u.a.
 Landesverband der Mütterzentren NRW
 PEV - Progressiver Eltern- und Erzieherverband NW
 e.V.
 Städtelternrat Lüdenscheid
 ver.di - Landesbezirk NRW
 VAMV, Verband alleinerziehender Mütter und Väter
 LV NRW e.V.
 VBE - Verband Bildung und Erziehung, NRW
 vbm - Verband berufstätiger Mütter e.V., Landesver-
 band NRW
 ZKD - Zentralverband der MitarbeiterInnen in Einrich-
 tungen der kath. Kirche in Deutschland e.V., LV Er-
 zieherinnen

Zu 2.: Zu den Anliegen: Um was geht es?

- Der Regierungsentwurf des Kinderbildungsgesetzes führt noch nicht zu der notwendigen Verbesserung der Lebenslagen von Kindern.
- Der Entwurf erweckt, wie andere Veränderungen auch, den Eindruck von positiven Wirkungen. Er hält weder, was er verspricht, noch ist er überhaupt eine geeignete Grundlage für tatsächliche Verbesserungen.
- Die Landesregierung täuscht über die tatsächlichen Intentionen des Gesetzes hinweg oder täuscht sich selbst. (Beispiel: Darstellung der Haushaltsentwicklung)
- Die vorgesehenen Regelungen basieren auf unzutreffenden und auch falschen Grundannahmen, die auf den ersten Blick nicht erkennbar sind. Sie entlasten das Land und führen zu Belastungen bei Eltern, Mitarbeiterinnen, Trägern und Kommunen.
- Es wird erwartet, dass die Regierungskoalition nach der vielfältigen Kritik am Gesetz-
 entwurf in der am 11.10. vorgesehenen Anhörung diese Signale versteht und über die
 Modifikation von Details hinaus, deren Gesamtwirksamkeit jetzt nicht mehr voll er-
 fasst werden können, den STOPP des Entwurfs vorsieht und die Landesregierung
 aufforder in einem seriösen Beratungsverfahren unter tatsächlicher Beteiligung aller
 Betroffenen einen besseren Entwurf vorzulegen.
- Die mit der Übergabe verbundene Aufforderung, tatsächlich nochmals die Vorschlä-
 ge und die vielen Vorbehalte anzunehmen wird mit symbolischen Kerzenlichtern in
 der Hoffnung verbunden, dass der Politik noch „ein Licht aufgeht“. An vielen Orten
 in NRW werden am Abend mit **Lichterketten** entsprechende Aufforderungen deut-
 lich.

Eine vollständige Übersicht über die Veranstaltungsorte in NRW liegt leider bisher nicht vor. Um 18.00 Uhr geht es aber los in: Dortmund (Friedensplatz) Bielefeld (Rathausplatz), Herford (Hiddenhäuser), Köln (Domtreppe), Münster (Friedenssaal), Bochum (Ruhrpark), Everswinkel (Fußgängerzone), Lüdenscheid (Rathausplatz), Lohmar (Rathausplatz).

Zu 3.: Die Kritik am Regierungsentwurf: Welche Unzulänglichkeiten und Folgen sind Anstoß für die Kritik?

Es erfolgt eine Konzentration auf 4 Schwerpunkte:

- a) **Personelle Situation als Grundlage für die Qualität der Arbeitsbedingungen**
Schafft oder vernichtet das Kinderbildungsgesetz Arbeitsplätze?
Werden die Arbeitsbedingungen verbessert, so wie es der Koalitionsvertrag vorsieht?
Entsprechen die Rahmenbedingungen den veränderten Aufgabenstellungen?
- b) **Situation der Eltern**
Wie verändern sich die finanziellen Belastungen für Eltern?
Wird der Zugang zu dem Bildungsangebot im Elementarbereich erleichtert und stehen die Angebote auch verlässlich zur Verfügung?
Werden die Anliegen von Eltern bei der Ausgestaltung der Angebote durch die erforderlichen Rahmenbedingungen für eine Erziehungspartnerschaft durch Elternmitwirkung gesichert?
Werden Elternanliegen auch grundsätzlich organisatorisch gebündelt?
- c) **Ziele des Regierungsentwurfs**
Welche erklärten Ziele verfolgt der Regierungsentwurf und welche tatsächlichen Ziele werden tatsächlich unterstützt?
Geht der Regierungsentwurf von den zutreffenden pädagogischen Grundlagen für die Ausgestaltung der Arbeit im Elementarbereich des Bildungswesens aus?
Handelt es sich um Regelungen, die den Bedarf von Kindern in den Mittelpunkt stellen oder lediglich um ein Finanzierungsgesetz?
- d) **Verwaltungsvereinfachung und Bürokratieabbau**
Können die Regelungen des Gesetzes heute überhaupt bewertet werden, da unbestimmte Rechtsbegriffe überhaupt noch nicht definiert sind?
Wieso sollen mit der Neuregelung Prinzipien der Kommunalisierung und Pauschalierung übernommen werden, deren negative Wirkungen dokumentiert sind?
Obschon die Regelungen zu Vereinfachungen führen, sind die Bürokratiekostenfolgen nicht erfasst und erkennbare Mehrbelastungen und Risiken auf Eltern, Mitarbeiterinnen, Träger und Kommunen verlagert worden.
Das gesamte Gebäude des Regierungsentwurfs basiert auf unzutreffenden Daten, deren negative Wirkung erst in der Anwendung erkennbar werden.

Zu den Widersprüchlichkeiten des Regierungsentwurfs:

Es werden für Tatbestände unterschiedliche Begriffe verwendet werden, die zu erheblichen Konsequenzen führen, z.B. Gleichsetzung von Betreuungszeit und Öffnungszeit.

Die Widersprüchlichkeit ergibt sich z.B. auch bei den Ansätzen für die Pauschalen:

Wieso wird für ein gleichaltriges Kind, dass in verschiedenen Gruppen über die gleiche

Zeit begleitet wird, ein unterschiedlicher Pauschal-Betrag angesetzt in der Verfahrensverordnung jedoch vorgesehen, dass zunächst immer der „billigste“ Pauschalsatz gelten soll?

Beispiele:

2-jähriges Kind, Betreuungszeit 35 Wochenstunden

5.747 € - 11.863 € oder bei Behinderung 14.787,50 €

2-jähriges Kind, Betreuungszeit 45 Wochenstunden

7.370 € - 15.215 € oder bei Behinderung 14.787,50 €

3-jähriges Kind, Betreuungszeit 35 Wochenstunden

5.747 € - 4.225 € oder bei Behinderung 14.787,50 €

3-jähriges Kind, Betreuungszeit 45 Wochenstunden

7.370 € - 6.772 € oder bei Behinderung 14.787,50 €

Zu 4.: Die Protestwelle erreicht Düsseldorf

- Etappen des bisherigen Protestes sind u.a. auf der Internetseite: „weil-kinder-zukunft-sind.de“ dokumentiert.
- Mit dem Aktionstag am 6.9.2007, bei dem mind. 3.000 Einrichtungen geschlossen und mehr als 400.000 Eltern beteiligt waren, wurde in NRW bereits ein einmaliges Auftreten für bessere Bedingungen erreicht. Dieses Eintreten für Qualität hat eine politische Bedeutung erlangt, die nicht mehr rückholbar ist und zukünftig immer politisch bedacht werden muss.
- Vielfältige Einzelveranstaltungen in NRW haben die deutlich gemacht, dass es sich um einen Flächenbrand handelt, den die Landesregierung mit diesem schlechten Gesetzentwurf entzündet und mit immer weiteren „Beschönigungen“ und „Durchhalteparolen“ selbst schürt.
- Über diese Aktivitäten ist eine neue Bürgerinnenbewegung in NRW entstanden, die auch bei der Volksinitiative des Jahres 2006 noch nicht so deutlich war. Menschen haben Verantwortlichkeiten wahrgenommen und, trotz persönlicher Verunglimpfungen und dienstlicher Anweisungen von ihren bürgerlichen Rechten Gebrauch gemacht. Ihren Protest drücken auch Beteiligte aus konfessionellen und kommunalen Einrichtungen aus. So hat sich die Arbeiterwohlfahrt, Bezirk Niederrhein, ausdrücklich dem Aktionskreis angeschlossen.

Zu 5.: Zentrale - zitierfähige - Aussagen der Sprecherin und der Sprecher

Martina Peil

ver.di-Landesbezirk NRW – für Beschäftigte

- Kinder brauchen motivierte Erzieherinnen, die eine gute Ausbildung haben und sich "auf dem Laufenden halten" dürfen.
- Doch nicht nur das Lächeln der Kinder motiviert, sondern ErzieherInnen brauchen zur Motivation auch feste Arbeitsplätze, ein existenzsicherndes, leistungsgerechtes Einkommen, Aufstiegsmöglichkeiten im Beruf, verlässliche Arbeitsbedingungen und ein gutes Team, vor dem Hintergrund zu bewältigender Aufgaben und zwar während der regulären Arbeitszeit:
- Erzieherinnen brauchen eben gute Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen!
- All dies liefert das KiBiz nicht!

Gerhard Stranz

Geschäftsführer der Waldorfkindergartenvereinigung – Koordinator – für die Veranstaltergemeinschaft

- Es ist zu hoffen, dass die Regierungskoalition die Kritik jetzt endlich ernst nimmt und nicht aus parteipolitischen Erwägungen den Gesetzentwurf jetzt durchzieht. Ich hoffe immer noch, dass die in der Anhörung deutlich gewordene Kritik und die Ablehnung des Gesetzentwurfes von über 160.000 Menschen die Regierung und Regierungskoalition nachdenklich macht!
- Es ist erschreckend, dass fachlich unqualifizierte und vorgeschobene Argumente herhalten müssen, um ein Gesetz, das überhaupt nicht das leisten kann, was es vorgibt zu beraten. Kinder haben etwas besseres verdient.
- Im Vordergrund stehen finanzielle Erwägungen. Sie werden auch von denjenigen gemacht, die die Politik mit Modifizierungsvorschlägen beraten. Es geht nicht um die Verbesserung der Qualität. Auch die Spitzenverbände nehmen sogar Verschlechterungen in Kauf. Es wird deutlich, dass diejenigen, die die Vorschläge machen, von dem Bedarf von Kindern keine Ahnung haben.
- Es wird wieder mal die Leidensfähigkeit von Mitarbeiterinnen ausgenutzt, die sich den Erwartungen von Kindern – unter allen Bedingungen – nicht entziehen können.
- Das Gesetz ist eine Mogelpackung. Es gibt Ziele vor, für die nicht die notwendigen Mittel bereit gestellt werden.
- Das Gesetz stellt nicht den Bedarf von Kindern in den Mittelpunkt. Als Finanzierungsgesetz dient es der Haushaltskonsolidierung, verlagert Finanzierungsrisiken auf Träger und Kommunen. Mit ihm wird Bildungspolitik nach Kassenlage gemacht. Es werden nur Leuchtturm-Projekte herausgestellt, jedoch unzureichend ausgestattet und

diese als zukunftsweisend bezeichnet, weil andere nicht als finanzierbar angesehen werden.

- Das Gesetz verschlechtert die Förderungsbedingungen für Kinder, in dem es zu unsicheren Arbeitsverhältnissen beiträgt und damit die notwendige Verlässlichkeit der Förderung von Kindern aufgibt.
- Da das Fundament für das Gesetz auf falschen Grundannahmen und fachlich unzutreffenden Grundlagen beruht, kann es nicht verbessert werden. Es muss in einem echten Konsensverfahren neu erarbeitet werden. Dies bedeutete aber nicht Stillstand in NRW: Durch Ergänzungen des GTK können die als notwendig angesehenen Anpassungen durchaus auch vorgenommen werden.
- Egal wie welche Konsequenz der Landtag aus dem Protest zieht, die Politik muss zukünftig mehr denn je damit rechnen, dass sie nicht mehr alles mit den Menschen in NRW machen kann. Ich hoffe, dass ein solch schlechtes Gesetz nicht mehr vorgelegt wird.

Raum für Notizen: